

Björn Böhning

# Die digitale Gesellschaft sozialdemokratisch gestalten

Eine Entgegnung auf Nico Lumma

*In der Oktober-Ausgabe der NG/FH bemängelte Nico Lumma, dass im gesamten Fortschritts-Papier der SPD das Wort »Internet« nicht einmal erwähnt würde. Richtig, sagt der netzpolitische Sprecher der SPD. Aber die SPD ist auf dem Weg. Und: Fortschritt in Zeiten des Netzes kann sich nur auf der Basis sozialer Gerechtigkeit vollziehen. Hierbei ist die SPD erste Ansprechpartnerin.*

### Björn Böhning

(\* 1978) war Bundesvorsitzender der Jusos und leitet heute das Grundsatz- und Planungsreferat der Berliner Senatskanzlei.

bjoern.boehning@senatskanzlei.berlin.de



dem Internet eine Öffentlichkeit, die auch unterhalb des Schirms der klassischen Medien wirksam ist.

### Die SPD ist auf dem Weg

Auch in der SPD hat sich seit etwa zwei Jahren ein Netz derjenigen entwickelt, welches das Internet für einen hochpolitischen und nicht nur technischen oder kommunikativen Raum hält. Hier hat sich eine sozialdemokratische Agenda gebildet, die mehr und mehr in der Partei Fuß fasst: Viele Basisgruppen haben sich des Themas angenommen, der Parteivorstand hat einen »Gesprächskreis digitale Gesellschaft« ins Leben gerufen und die Beteiligungsmöglichkeiten via Internet werden durch die aktuelle Parteireform (via <http://www.spd.de>) deutlich ausgeweitet. Die Sozialdemokratie ist auf dem Weg, sich die digitale Gesellschaft und auch die digitale Wirtschaft sukzessive politisch zu erschließen.

Trotzdem, und um es gleich zu Beginn deutlich zu machen: Nico Lumma hat Recht: »Das Internet stellt die größte Umwälzung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar und verändert damit massiv die Art und Weise, wie wir in Zukunft leben und arbeiten werden.« Will sich die SPD nun auf den Weg machen, Fortschritt

**W**er die Netzpolitik in Deutschland etwas länger als seit dem 18. September 2011 verfolgt, den wird der Einzug der Piratenpartei in das Berliner Abgeordnetenhaus nicht verwundern. Denn spätestens seit der Diskussion um die von der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürwortete Einführung von Netzsperrern in Deutschland musste der politischen Beobachterin und dem Beobachter deutlich geworden sein: Hier erhebt sich eine neue politische Bewegung, die die »Freiheit des Internets« vor den Zugriffen des Marktes und auch vor staatlicher Regulierungs- oder Datensammeleuphorie bewahren oder erkämpfen will. Eine Bewegung, die so ganz und gar nicht den Gesetzmäßigkeiten der klassischen politischen und auch medialen Kultur folgt, sondern sich im Internet etabliert und ausgeweitet hat. Sie ist hochgradig vernetzt, hat ein gemeinsam getragenes Thema, durchaus auch ein Werteschema und mit

als Leitbegriff unserer Zukunftskonzeption zu beschreiben, muss sie sich auch und gerade mit den digitalen Lebenswelten oder eben schlicht mit *dem* Internet beschäftigen.

Die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft sind indes aktueller denn je, auch hier liegt Lumma richtig. Die Veränderung der Arbeitswelt durch die neuen digitalen Möglichkeiten sind fundamental und haben natürlich erhebliche Rückwirkungen auf persönliches Verhalten, Lebensweisen oder Einstellungen. Das Smartphone wird mehr und mehr zum alltäglichen Begleiter unseres Tuns. Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt mehr und mehr auf alle Bereiche des täglichen Lebens ausgebreitet – mit positiven wie durchaus auch negativen Folgen wie extrem hoher Arbeitsbelastung.

Das Web 2.0 hat zudem mehr und mehr die Ansprüche der Menschen an »Augenhöhe«, also an gleichberechtigtes Gegenübertreten von staatlichen und auch politischen Institutionen gegenüber der Bürgerin und dem Bürger erhöht. Und dies sogar so weit, dass jene Parteien, welche heute nicht partizipativ aufgestellt sind oder nicht mit der Gesellschaft interagieren, schlicht nicht mehr akzeptiert werden. Ein Umstand, den wir an der SPD des Jahres 2009 ebenso gut beobachten konnten, wie am Beispiel der heutigen FDP oder eben dem Erfolg von Piraten und Grünen.

Ein sozialdemokratischer Fortschrittsbegriff muss deutlich machen, wie unsere Grundwerte in der digitalen Welt »beschrieben« werden können. Freiheit bedeutet, die Freiheit des Netzes zu stärken und vor willkürlicher privater oder auch staatlicher Kontrolle und Einflussnahme zu schützen. Es bedeutet aber gleichzeitig – und hier unterscheiden wir uns von anderen libertären Auffassungen – einen offensiven politischen Gestaltungsauftrag an den Staat zu formulieren, unsere politischen Ziele auch im Internet oder in der

digitalen Gesellschaft durchzusetzen. Politik ist ein Prozess zur Herbeiführung von Entscheidungen. Politik ist nicht *nur* Prozess (ohne Entscheidungen). Sozialdemokraten sind überzeugt, dass die Freiheit des Netzes eben nur mit einem starken, das Gemeinwohl schützenden Staat zu sichern ist.

Wer ökonomischen Fortschritt will, der muss die wirtschaftlichen Potenziale des Netzes entfalten. Das Internet ist schon heute zu einer neuen Basistechnologie der Wirtschaft geworden. Damit durchdringt es alle Bereich des Wirtschaftens und erhöht die Produktivität und damit auch die Chancen der hiesigen Wirtschaft. Eine gute Wirtschaftspolitik muss daher auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur und der Breitbandversorgung setzen. Aber auch die digitale Wirtschaft selbst wird mehr und mehr zu einem Beschäftigungsfaktor. Ich glaube allerdings nicht, wie Lumma schreibt, dass der »Staat in den Hintergrund rückt«, sondern dass der Staat als Pionier einen aktiven Gestaltungsauftrag hat, digitale Produktivkräfte zu entfalten. So kann der Staat durch die Veröffentlichung von Daten (Open Data), durch einen guten Rahmen für digitale Gründerinnen und Gründer oder durch einen offensiven Umgang im E-Government einen Beitrag leisten, um unerschlossene Beschäftigungspotenziale zu erschließen. Dies ist auch der Kern des im Internet erstellten »Online-Antrages« der SPD, der auf dem Bundesparteitag beschlossen werden soll ([www.onlineantrag.spd.de](http://www.onlineantrag.spd.de)).

### **Ohne Gerechtigkeit kein Fortschritt**

Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang soziale wie auch Teilhabe-gerechtigkeit. Es ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss politisch erstritten werden, dass Jede und Jeder einen gleichberechtigten Zugang zum Internet erhält.

Weder der Geldbeutel noch der Wohnort darf darüber entscheiden, ob jemand einen Zugang zum schnellen Internet hat. Denn wer heute nicht an das schnelle Internet angebunden ist – dies gilt auch für Unternehmen – der verliert den Anschluss an die digitale Welt und damit den Anschluss an Informationen und Wissen, welches heute in Echtzeit überall auf der Welt eingegeben wird oder abgerufen werden kann. Die digitale Spaltung ist weiter auf dem Vormarsch – Spaltung aber weniger im Sinne der Kosten der Infrastruktur (eine Flatrate kann sich heute annähernd jeder leisten), sondern im Sinne der Verfügbarkeit und des Anschlusses an die Datenautobahn.

### **Fortschritt setzt auf Kooperationen**

Die Abwehr von neuen Spaltungen ist auch und gerade eine Anforderung an die Digitalisierung unseres Bildungssystems. Dies gilt bei Weitem nicht nur für die technische Infrastruktur und Ausstattung. Sondern es gilt gerade für den kompetenten Umgang mit den Medien sowie für die Kompetenz, mit der Fülle an Daten und Informationen sorgsam umzugehen und sie nach Relevantem und weniger Relevantem zu unterscheiden. Auch dies ist eine große Aufgabe für den Staat, welche aktuell nach wie vor unterschätzt wird. Denn es geht dabei weniger um die Struktur unseres Bildungssystems, sondern um dessen Technikoffenheit. Denn erstmals in der Geschichte der Schulpolitik sind vermutlich die Kinder in diesen Dingen kompetenter als die Lehrenden. Es muss heute ebenso selbstverständlich sein, dass alle Schülerinnen und Schüler über ein Notebook verfügen, wie dass die Lehrkräfte sich den digitalen Lebensraum erschließen.

Nur die Sozialdemokratie steht für die Solidarität im Internet. Auch wenn die Kultur des Netzes mehr und mehr die In-

dividualisierung stärkt, ist Einzelkämpfertum oder gar Egotaktik nicht die Zukunft der digitalen Gesellschaft. Dies ist nicht selten die Auffassung libertärer und auch (neo-)liberaler Netzpolitiker. Sozialdemokratischer Fortschritt aber setzt auf das Gegenteil: Kollaborationen und Kooperationen im Internet sind die Grundlage für gesellschaftliche Solidarität, wie sie auch im Netz zu finden sind. Die SPD sollte dies als Gestaltungsauftrag an die Politik begreifen, denn nur gemeinsam getragene Regeln, welche in einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität münden, schaffen die Basis für eine Internetpolitik, die in der Mitte der Gesellschaft Akzeptanz findet. Ein solcher Fortschrittskonsens kann und muss mit der netzpolitischen Bewegung verhandelt werden. ■